

Rainer Böhm

Das Kleinstkind gehört zu seinen Eltern – die Sicht des Sozialmediziners

Den Herausgebern dieses Bands gebührt mein doppelter Dank, nicht nur für die Einladung, als einziger Mediziner an dieser Streitschrift zum Thema „Betreuungsgeld“ mitwirken zu dürfen, sondern auch für ihre Ermunterung an das Autorenteam, eine scharfe Klinge zu führen.

In den letzten Jahren habe ich den gepflegten wissenschaftlichen Diskurs zum Thema „Frühkindliche Betreuung“ auf vielen Ebenen geführt, unter anderem als Kongresspräsident der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie 2011 in Bielefeld. Wer die wissenschaftlichen Hintergründe meiner Argumentation genauer kennenlernen möchte, seien sie kindermedizinisch, neurobiologisch oder entwicklungspsychologisch, kann dies an anderer Stelle in aller Ausführlichkeit tun¹. In diesem Band ist eine andere, neue Herangehensweise gewünscht, und das ist auch gut so.

Die Beschäftigung mit Messtechnik, Statistik, Studiendesigns ist notwendig und wichtig, aber sie ist nur das halbe Leben. Je länger ich auf meine Festplatten-Megabytes und Regalmeter mit Studienergebnissen schaute, desto stärker wuchs das Bewusstsein, dass diese Fülle an Resultaten eine andere Umsetzung in unseren Lebensalltag verlangt. Dieser Impuls wurde noch deutlich dadurch verstärkt, dass der Kontrast zwischen diesen neuen wissenschaftlichen Ergebnissen und der Ausrichtung der Famili-

¹ <http://www.fachportal-bildung-und-seelische-gesundheit.de> (18. 10. 2012)

enpolitik in unserem Land bei mir als Vater, Kinderarzt und Sozialmediziner zunehmende Fassungslosigkeit, ja Empörung auslöste. Vielleicht kann ich Sie im Folgenden ein Stück auf diesem Weg mitnehmen.

Die Beurteilung des Betreuungsgelds steht und fällt mit der Einschätzung, wie wir die überwiegende oder ausschließliche Betreuung unter dreijähriger Kinder durch ihre Eltern ansehen: als wichtig, und damit grundsätzlich förderungswürdig, oder als eher zu vernachlässigen und problemlos ersetzbar, und damit anderen Zielen wie Wirtschaftswachstum, Karriereförderung etc. nach Belieben unterzuordnen. Zur Beantwortung dieser Frage müssen natürlich die Alternativen zur elterlichen Betreuung und ihre Auswirkungen auf die Kinder bewertet werden. Wie steht es also mit den aktuellen wissenschaftlichen Ergebnissen zur Krippenforschung?

Warnhinweise für Krippen

Um es kurz zusammenzufassen: Krippen sind leider schlecht für Kinder. Krippenkinder sind kränker als Familienkinder, das heißt sie leiden deutlich häufiger an Bronchitis, Magen-Darm-Grippe, Mittelohrentzündungen. Und sie sind verhaltensauffällig. Je früher und je länger Kinder in einer Krippe betreut werden, desto stärker zeigen sie impulsiv-aggressives Verhalten, und zwar weitgehend unabhängig von ihrem familiären Hintergrund und der Betreuungsqualität. Der geringe Bildungsvorteil, den Krippen bei hoher Qualität – die aber kaum je erreicht wird – für Zweijährige haben, ist demgegenüber vernachlässigbar.

Was heißt eigentlich impulsiv-aggressives Verhalten? Zur Veranschaulichung hier eine Liste der Verhaltensweisen, die in der weltweit größten Studie bei Krippenkindern signifikant häufiger auftraten:

- angeben/aufschneiden, viel Beachtung verlangen, streiten, Eifersucht zeigen;
- Clown spielen, ständig reden, andere hänseln/ärgern, ungeduldig sein;
- viel schreien, trotzig/frech, dazwischenreden, ungehorsam, aufsässig sein;

- andere stören, die Gruppe stören, Schlägereien beginnen, gemein/grausam sein;
- andere körperlich angreifen, Wutanfälle, eigene Sachen zerstören.

Diese Auffälligkeiten erreichen zwar (noch) nicht das Ausmaß einer psychischen Krankheit, das wäre tatsächlich katastrophal, aber ein Viertel der schon früh ganztags betreuten Kinder landet direkt unterhalb dieser Stufe, im sogenannten klinischen Risikobereich. Individuell und gesellschaftlich gesehen sind diese Verhaltensprobleme von erheblicher Relevanz und bedeuten oft eine größere Belastung als die eindeutig als „psychisch krank“ identifizierbaren Gruppen.²

Bedeutet das nun, dass mein Kind zwangsläufig krank und verhaltensauffällig wird, wenn ich mich für eine Krippenbetreuung entscheide? Nein, das bedeutet es nicht. Alle diese Studien liefern uns statistische Risikowerte, keine Vorhersagen. Das ist ähnlich wie beim Rauchen. Wir wissen, dass Raucher statistisch häufiger an chronischer Bronchitis, Impotenz und Lungenkrebs leiden. Für den einzelnen Raucher ist damit keine Vorhersage möglich, lediglich die Warnung vor einem erhöhten Risiko.

Mit der gleichen Berechtigung, mit der der Gesetzgeber gesundheitliche Warnhinweise auf Zigarettenschachteln einfordert, könnte er auch Warnhinweise auf Krippenverträgen vorschreiben. Oder das Produkt zur Abschreckung mit einer hohen Steuer belasten. Dass das in diesem Fall nicht geschieht, sondern Krippen im Gegenteil (und im Gegensatz zu Eltern in Familienarbeit) sogar massiv mit Steuergeldern gefördert werden, hängt – wie so häufig in der Politik – mit Lobby-Interessen zusammen.

Mehr Infektionskrankheiten, mehr Verhaltensauffälligkeiten, das ist nicht schön. Aber es kommt leider noch schlimmer. Vor gut zehn Jahren kamen Wissenschaftler erstmals auf die Idee, die Stressbelastung von Krippenkindern anhand der Werte des Stresshormons Cortisol im Speichel zu messen (mancher Krippen-

2 Harrington, R.; Clark, A. (1998): Prevention and early intervention for depression in adolescence and early adult life. *Eur Arch Psychiatry Clin Neurosci* 248, S. 32–45.

Politiker wünscht sich, sie hätten die Finger davon gelassen). Das Ergebnis war erschreckend eindeutig: Krippenkinder stehen unter Stress, und zwar sehr viele, und massiv. Je nach Studie zeigen zum Teil über 90 Prozent (!) der Kinder ansteigende Cortisolwerte im Verlauf eines Krippentags. Normalerweise müssten diese Werte über den Tag deutlich absinken, wenn es den Kindern halbwegs gut geht, also ihre elementaren emotionalen Bedürfnisse erfüllt sind und sie sich sicher und geborgen fühlen. Das ist aber offenbar nicht der Fall. Und auch hier hilft gute Betreuungsqualität umso weniger, je jünger die Kinder sind.

Hohes Cortisol stört das Immunsystem, wahrscheinlich eine Erklärung für die Häufung von Infektionen und Neurodermitis bei Krippenkindern. Aber es ist auch ungesund für das Gehirn. Wenn der Cortisolspiegel zu lange erhöht ist, gehen in bestimmten Bereichen des Gehirns Nervenzellen zugrunde, und zwar besonders in den Regionen, die für die Steuerung unseres Sozialverhaltens zuständig sind. Und die Stressregulation zeigt sich auch mehr als zehn Jahre nach der Krippe immer noch angeschlagen. Wissenschaftler befürchten daher, dass Krippen das Risiko für seelische Störungen lebenslang erhöhen könnten. Die genauen Zusammenhänge sind noch Gegenstand der Forschung. Sorgen um die hochempfindlichen, sich rasch entwickelnden Gehirne unserer sehr kleinen Kinder sind jedoch allemal angebracht.

Kleine Kinder sind enorm verletzlich

Aber ganz abgesehen von diesen medizinischen Effekten, was bedeutet es eigentlich, Kleinstkinder dermaßen unter Stress zu setzen? Jonathan Safran Foer, dessen Sachbuch „Tiere essen“ weltweit für Furore sorgte, gibt uns im Zusammenhang mit industrieller Tierhaltung folgende einfache Definition: „Stress – ein Wort, das die Industrie benutzt, um den Begriff zu vermeiden, um den es eigentlich geht, nämlich: Leiden (suffering).“ Einen anderen erhellenden Aspekt liefert uns die moderne funktionelle Bildgebung des Gehirns. Bei Menschen, die von einer wichtigen Bezugsperson getrennt oder abgewiesen werden, wird dieser Affekt im selben Gehirnareal verarbeitet, das bei der Schmerzwahrneh-

mung aktiv ist. Sozialer Stress wird also offenbar sehr ähnlich wie körperlicher Schmerz empfunden.

Kleine Kinder sind enorm verletzlich. Und sie können ihre Gefühle nicht artikulieren. Umso größer ist unsere Verantwortung, uns in ihre Befindlichkeit hineinzusetzen und angemessene Schlüsse hieraus zu ziehen. Dass es sich bei den gemessenen Stressbelastungen nicht um anregenden Stress – auch als Eustress bezeichnet – handelt, ist eindeutig. Die psychische Sicherheit, die die Eltern als primäre Bindungspersonen ihren Kindern bieten, kann offenbar durch Betreuungspersonen in Gruppen nicht ausreichend hergestellt werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir es nicht nur mit Unbehagen, sondern mit seelischen Leiden und Schmerzen zu tun haben, ist hoch.

Es ist mittlerweile klar geworden, dass die außerfamiliäre Betreuung der Kinder unter drei Jahren mit nicht vernachlässigbaren Risiken verbunden ist, und dass es daher sinnvoll und politisch geboten ist, die Zeit in Gruppenbetreuung möglichst gering zu halten und elterliche Betreuung und Erziehung in dieser Altersstufe stärker zu unterstützen. Genau das fordert übrigens auch die größte und sorgfältigste wissenschaftliche Studie zum Thema „Krippen“.³

Es sind aber nicht nur die Kinder betroffen. Auch viele Eltern leiden unter dem zu frühen „outsourcing“ ihrer Kinder. Eine exzellent konzipierte Studie aus Kanada hat gezeigt, dass frühe Krippenbetreuung auch der Gesundheit der Eltern schadet. Insbesondere traten mehr depressive Verstimmungen auf, und das Verhältnis der Eltern zu ihren Kindern und der Eltern untereinander verschlechterte sich. Das zeigt uns, dass das Motto „Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, insbesondere wenn es um sehr junge Kinder geht, ein ideologischer Kampfbegriff ist, der die übermäßige Ausbeutung elterlicher Ressourcen beschönigen soll.

Aber fordern nicht gerade auch Eltern mehr Krippenplätze ein? Muss nicht die Politik diesem Elternwunsch entsprechen?

3 NICHD Early Childcare Research Network (2006): Child Care Effect Sizes for the NICHD Study of Early Child Care and Youth Development; *American Psychologist* 61, S. 99–116 (S. 114).

Hier ist zum einen anzumerken, dass die neuen wissenschaftlichen Ergebnisse zu vielen Eltern – ja, sogar zu vielen Fachleuten – noch gar nicht durchgedrungen sind. Zum anderen ist es so, dass viele Eltern ihre Forderung nach außerfamiliärer Betreuung aus ständig steigenden ökonomischen Zwängen heraus erheben. Ihnen steht das Wasser bis zum Hals. Sie wissen schlicht nicht, dass sie ein Anrecht auf eine für Kinder und Eltern oft bessere Lösung haben.

Ein Alternativ-Modell

Mein Vorschlag, der über das beschlossene Modell eines Betreuungsgeldes noch hinausgeht: Alle Eltern erhalten für die ersten 36 Lebensmonate ihres Kindes ein existenzsicherndes Betreuungsgeld, also nicht nur ein symbolisches Almosen wie derzeit geplant⁴, sie erhalten ferner volle Rentenanwartschaften und eine Garantie zur Fortsetzung ihres vorherigen Erwerbsverhältnisses nach der Kinderbetreuungsphase. Um die Väter stärker in die Pflicht zu nehmen, könnte man zusätzliche Anreize in die Richtung geben, dass Mütter die ersten 18 Betreuungsmonate übernehmen, Väter die späteren 18 Monate (aber natürlich kann auch der Vater die 36 Monate komplett übernehmen, oder die Mutter; es wird nichts verboten; Flexibilität ist Trumpf). Und die Eltern, die es sich wirklich nicht vorstellen können, sich länger als nur ein paar Wochen oder Monate ganz ihrem Kind zu widmen, könnten mit dem Geld ein individuelles Betreuungsarrangement treffen.

⁴ Es geht auch anders: In Finnland z.B. beträgt der Sockelbetrag des Betreuungsgelds für unter Dreijährige 295 Euro; hinzu kommen für jedes weitere Kind unter drei Jahren 85 Euro, in Abhängigkeit von Kinderzahl und Wohnort ein kommunaler Aufschlag (in Helsinki z.B. 290 Euro) sowie eine einkommensabhängiger Betreuungsaufwand von bis zu 168 Euro; dies alles neben dem Kindergeld. Dieses System schließt – wie bekannt – nicht aus, das PISA-Ranking anzuführen. <https://www.familienhandbuch.de/familienpolitik/familienpolitik-international/familienpolitik-in-finnland> (18. 10. 2012)

Viele meinen, dieses Modell sei nicht finanzierbar und vollkommen überzogen. Schauen wir doch einmal auf unsere demographische Situation. Unsere Geburtenrate stagniert seit vielen Jahren bei einem Wert von 1,3 bis 1,4. Deutschland schrumpft, und zwar rasant. Und nun vergleichen wir diesen Fakt einmal mit den ständig zitierten Wirtschaftsindikatoren. Sobald die Wachstumsdynamik ein wenig nachlässt, schrillen die ersten Alarmglocken. Und wenn es wenige Zehntel-Prozente rückwärts geht, haben wir es mit einem „Einbruch“ (ein inflationär gebrauchter Begriff auf den Wirtschaftsseiten unserer Zeitungen) zu tun, steht das Gespenst der Rezession vor der Tür. Dann werden alle Hebel der Politik in Bewegung gesetzt, um gegenzusteuern. Die Wirtschaft muss gestützt werden, das Kapital ist „ein scheues Reh“, das gehätschelt werden muss, sonst verlässt es uns umgehend. Und das ist ja alles nicht per se falsch.

Aber wenn das Subjekt aller wirtschaftlichen Anstrengungen, die Bevölkerung, die Menschen, mit zunehmendem Tempo dahinschwindet (hier haben wir es tatsächlich mit einer massiven Rezession zu tun), dann herrscht betretenes Schweigen. Eine florierende Wirtschaft ohne Menschen ist absurd. Wir müssen ja als Bevölkerung nicht unbedingt wachsen, aber ein wesentlich langsames Schrumpfungstempo ist eine Mindestforderung an unsere Politik, damit unser Sozialgefüge nicht in kürzester Zeit morsch wird und zusammenbricht.

Das heißt, wir brauchen Kinder mindestens genauso dringend wie eine gesunde Ökonomie. Kinder gibt es nicht ohne Eltern. Und Eltern sind ein mindestens genauso scheues Reh wie das Kapital, das erfahren wir alle gerade schmerzhaft. Sie haben daher einen mindestens so großen Anspruch auf politische Unterstützung wie unsere Wirtschaft und unsere Finanzindustrie (die Summen, die hier zur Stützung in die Hand genommen werden, sind mittlerweile allen geläufig).

Und es ist wirklich kein Wunder, dass Elternschaft in Deutschland eher gemieden wird. Unser Sozialversicherungssystem krankt an einem Geburtsfehler (der Ablehnung des sogenannten Schreiber-Plans durch Adenauer in den 50er Jahren), der zu einer systematischen Umverteilung von den jüngeren zur den älteren

Generationen und von Familien zu Kinderlosen führt.⁵ Diese strukturelle Ungerechtigkeit wurde von den ersten fünf Familienberichten immer wieder deutlich angeprangert. Auch das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber mehrfach aufgefordert, diese Gerechtigkeitslücke zu schließen, leider bisher ohne Erfolg. In den letzten drei Familienberichten wurde dieser Aspekt schlicht und einfach ignoriert; sie sind von einer kritischen Korrekturinstanz zu einer Art „Hofberichterstattung“ der Bundesregierung mutiert, in der jetzt auch die Wirtschaftslobby ausgiebig mitreden darf.

Das letzte Gremium, das diesen entscheidenden Punkt aufgegriffen und konzise analysiert hat, war eine durch die Robert-Bosch-Stiftung berufene, namhaft besetzte Arbeitsgruppe um Kurt Biedenkopf (mit Hans Bertram, Margot Käßmann, Paul Kirchhof, Elisabeth Niejahr, Hans-Werner Sinn, Frans Willekens). In ihrem frei zugänglichen Studienbericht⁶ kann jeder, der das möchte, nachlesen, dass Eltern in Deutschland, rein ökonomisch betrachtet, mit jedem Kind, das sie großziehen, einen durchschnittlichen Verlust von knapp 80000 Euro erleiden („fiskalische Bilanz“). Bei Eltern mit unterdurchschnittlichen Einkommen ist es weniger, bei Eltern mit überdurchschnittlichen Einkommen liegt dieser Betrag bei bis zu 300000 Euro pro Kind. Welcher Unternehmer würde sich auf so ein Geschäft einlassen?

Neoliberalismus und Geburtenrückgang

Aus diesen Zahlen ergibt sich ein jährlicher Transfer von Familien zu Kinderlosen von 50 Milliarden Euro. Familienexperten der ökologisch-demokratischen Partei errechnen auf der Basis von Daten des statistischen Bundesamts sogar einen Transferumfang von 150 Milliarden Euro pro Jahr zu Ungunsten von Familien. Wo auch immer in diesem Spektrum die genaue Summe zu veror-

5 Daran ändern auch alle derzeitigen Transferleistungen nichts, die immer wieder als „Familiensubventionen“ in der Debatte auftauchen.

6 Biedenkopf, K. et al. (2005): Starke Familie – Bericht der Kommission „Familie und demographischer Wandel“; Robert Bosch-Stiftung.

ten ist, eines wird klar: Wer immer behauptet, dass ein bis zwei Milliarden Euro (etwa zwei Prozent der genannten Transfersumme) für ein Betreuungsgeld nicht finanzierbar seien, macht sich lächerlich. Dass Deutschland, eines der reichsten Länder der Welt, eine vergleichsweise hohe Kinder- und Familienarmutsquote hat, wird durch die genannten Zahlen verständlich. Und es ist ein Skandal! Allein der Idealismus von Eltern führt dazu, dass überhaupt noch Kinder in Deutschland geboren werden.

Die Schlussfolgerungen der Studien-Autoren sind eindeutig. Sie stellen fest: „Die in Deutschland (in Bezug auf Familien, Anmerkung des Autors) aktuell betriebene Finanzpolitik ist langfristig nicht tragfähig.“ „In dem Maße, wie die hier ermittelte fiskalische Externalität eines durchschnittlichen Kindes einen Beitrag zum Geburtenrückgang in Deutschland geleistet hat, muss unter anderem das deutsche Steuer- und Sozialsystem so geändert werden, dass der Saldo der fiskalischen Bilanz eines solchen Kindes wieder spürbar niedriger ausfällt als gegenwärtig.“

Das kann man auch mit weniger Fach-Chinesisch ausdrücken: Die derzeitige Familienpolitik fährt unsere Gesellschaft an die Wand. Und: Wenn Eltern nicht spürbar mehr Geld in die Hand bekommen, wird der fortschreitende Bevölkerungsrückgang existenziell bedrohlich.

Aber wie konnte es dazu kommen, dass unsere Politik dies nicht erkannt hat, zumindest keine Konsequenzen daraus gezogen hat, dass sie Eltern und Familien faktisch bedroht und gefährdet? Wir haben seit dem Untergang des Ostblocks Ende der 1980er Jahre einen weltweiten Aufschwung neoliberaler Ideen gesehen. Der Glaube an die segensreiche Wirkung freier Märkte für alle Lebensbereiche schien für eine Zeit fast grenzenlos. Entsprechend haben die Lobbyisten dieses Wirtschaftsmodells einen zunehmend großen Einfluss auf alle Gesellschafts- und Politikbereiche gewonnen.⁷ Es liegt in der Logik dieses Systems, auf den durch die demographische Entwicklung sich abzeichnenden Ar-

⁷ Z.B. befragte die Zeitschrift Kinder- und Jugendarzt des Berufsverbands der Kinderärzte 2010 zu Fragen der „Familienfreundlichkeit“ in Deutschland aus unerklärlichen (?) Gründen einen Ökonomen des arbeitgebernahen Instituts der Wirtschaft.

beitskräftemangel mit einer kurzfristigen Rekrutierungsoffensive zu reagieren: Eltern in die Erwerbstätigkeit, Kinder in die Krippen.

Die Erkenntnis, dass dieser Ansatz nicht nachhaltig sein kann, liegt außerhalb des üblichen Zeithorizonts markttechnischer Reaktionen. Die auf diese Weise noch verstärkte strukturelle Überlastung des Systems Familie in Deutschland wird definitiv nicht zu einer signifikanten Steigerung der Geburtenzahlen in Deutschland führen. Eine systemtypische Reaktion auf das Ende der nur kurzfristigen Entspannung am Arbeitskräftemarkt ist vorhersagbar: das „Recht“ auf außerfamiliäre Betreuung muss schon ab Geburt gelten, vielleicht auch die Forderung nach ganztägiger „Bildungspflicht“ für alle Kleinkinder... Genug! Bis hierher und nicht weiter!

Auch wenn wir keine Ökonomen sind, haben wir doch mittlerweile gelernt, dass das neoliberale Modell und auch das freie Spiel der Märkte versagen kann. Das gilt für die Finanzmärkte, das gilt in Bezug auf die Ressourcen unserer globalen Biosphäre und ganz offenbar auch für unsere ökonomiegetriebene Familienpolitik. Mit ihren kurzsichtigen Forderungen sägt die Wirtschaft den Ast ab, auf dem auch sie selbst sitzt. Viele Wirtschaftslenker, zumindest die vernünftigen unter ihnen, sehen dies mittlerweile selbst ein und fordern von der Politik Interventionen und Leitlinien, die ein solches Systemversagen verhindern oder zumindest unwahrscheinlicher machen sollen. Entsprechend klare Vorgaben muss unsere Politik jetzt auch den Unternehmen machen, wenn es um den Schutz von Kindern, Eltern und Familien geht.⁸ Das oben genannte Modell möge als erster Denkanstoß gelten.

Gleichzeitig müssen sich Familien und Sozialaktivisten darüber klar sein, dass auch bei Umsetzung dieser Forderungen Familien kein Konsumparadies sein werden. Für alle westlichen Industrienationen gilt, dass unser Stück vom Kuchen erheblich

⁸ Der Vorschlag von James W. Vaupel, Direktor des Max-Planck-Instituts für demographische Forschung in Rostock, zur Problembewältigung lautet: „weniger arbeiten, wenn Familie und Beruf beide ihren Tribut fordern – und mehr arbeiten, wenn die Kinder groß sind.“ (Science Tunnel 3.0, 2012, HNF Paderborn).

kleiner werden wird und werden muss, wenn wir unseren Planeten auch für unsere Kinder und die nächsten Generationen als lebensfähigen und lebenswerten Ort erhalten wollen. Effizienz, Subsistenz und Suffizienz werden unumgängliche Prinzipien einer Post-Wachstumsökonomie sein.⁹ Familien müssen noch vor diesen anstehenden Umstrukturierungen ihre gerechte und faire Beteiligung erkämpft haben.

Warum wir das Betreuungsgeld brauchen

Vorbehalte gegen das Betreuungsgeld werden teilweise im Hinblick darauf geäußert, dass Kinder aus bestimmten Minderheiten-Gruppen (z.B. Migranten, sozial belastete Familien) dann möglicherweise zu geringe Unterstützung erfahren. Dagegen spricht erstens, dass Kinder aus diesen Gruppen genauso anfällig für die beschriebenen negativen Effekte zu früher und zu umfangreicher außerfamiliärer Betreuung sind. Und zweitens, dass die Unterstützung früher elterlicher Erziehung kein Privileg für Bessergestellte sein darf. Es gibt eine Vielzahl von bewährten Frühförderkonzepten für Kinder aus Risikofamilien. Das gezielte Vorenthalten eines Betreuungsgelds zählt nicht dazu.

Die Frauenbewegung ist die wichtigste soziale Initiative des 20. Jahrhunderts. Sie hat entscheidende gesellschaftliche Fortschritte erkämpft. Es ist traurig, dass eine Mehrheit ihrer ProtagonistInnen engagierte Elternschaft immer noch als vermeintliches Übel bekämpft. Ihr krampfhaftes Imitieren überholter patriarchalischer Rituale im Erwerbsleben und ihr faktisches Bündnis mit neoliberalen Profitmaximierern kann heute leider nicht mehr als fortschrittlich eingestuft werden.

Häufig wird mir vorgeworfen, berufstätigen Eltern, besonders den früh erwerbstätigen Müttern, ein schlechtes Gewissen zu machen, ja sie herabzuwürdigen. Daher auch an dieser Stelle die klare Aussage: Alle Eltern, auch erwerbstätige Mütter, wollen das Beste für ihr Kind. Es gibt keine „Rabenmütter“. Aber das Ge-

9 Paech, N. (2011): Befreiung vom Überfluss – Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie; oekom-Verlag.

wissen und die eigenen Gefühle sind grundsätzlich sinnvolle Instanzen. Und um diese befragen zu können, muss man über zuverlässige und ehrliche Informationen verfügen. Man sollte bedenken, dass unser wirtschaftliches und mittlerweile leider auch unser politisches System den Bürger augenscheinlich zuallererst als Kapitalvermehrungsmaschine nutzen möchte. Ein derartiges System wird immer versuchen, Gewissensregungen, die diesem Ansinnen entgegenstehen, systematisch und auch mit propagandistischen Mitteln zu unterdrücken.

Das Betreuungsgeld ist notwendig. Es muss, über die derzeitigen vorsichtigen Ansätze hinausgehend, zügig ausgebaut werden, am besten zu einem Kindergrundeinkommen für alle Familien. Das Betreuungsgeld unterstützt frühe elterliche Erziehung, die – wie es die aktuelle Forschung zeigt – bei unter Dreijährigen besser als außerfamiliäre Betreuung geeignet ist, eine sozialkompetente, empathische und seelisch und körperlich gesunde Entwicklung zu gewährleisten. Stabile, seelisch gesunde Persönlichkeiten erhöhen die Chancen für eine „empathische Zivilisation“, die für uns alle lebenswerter und für unsere globale Gemeinschaft von hoher Bedeutung ist.¹⁰ Es ist daher höchste Zeit, auch im Feld der Familienpolitik dem unheilvollen Einfluss eines alles infiltrierenden Ökonomismus Einhalt zu gebieten.

10 Rifkin, J. (2010): Die empathische Zivilisation – Wege zu einem globalen Bewusstsein; Campus Verlag.